

Trickreicher Ausstieg

Bundesministerin Angela Merkel möchte in Deutschland einen Super-Kernreaktor bauen. Die Mehrheit der Stromkonzerne ist dagegen.

Umweltministerin Angela Merkel wußte es genau. Spätestens im Jahre 2005 soll irgendwo in Deutschland mit dem Bau neuer Atomreaktoren begonnen werden. So lange, so die bekennende Atomfreundin am Dienstag vergangener Woche vor dem Energieausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), müsse die Fähigkeit der Industrie erhalten bleiben, neue Reaktoren zu bauen.

Ihr Problem: Die deutschen Stromkonzerne teilen die Euphorie aus dem Umweltministerium nicht. Die Mehrheit der Strombosse will aus der Weiterentwicklung der Atomtechnik aussteigen – und das möglichst geräuschlos.

Schon einen Tag nach dem Merkel-Termin saßen die Strommanager im Bonner RWE-Haus zusammen. Sie hatten allesamt nicht die geringste Lust, sich für den raschen Bau eines deutsch-französischen Atomreaktors zu engagieren.

Hans-Dieter Harig, Vorsitzender von PreussenElektra, glaubt, daß Atommeiler mit modernen Gas- und Dampfkraftwerken oder den von billiger Importkohle gefütterten Stromfabriken wirtschaftlich nicht konkurrieren könnten. Selbst für Otto Majewski, Chef des Bayernwerks, ist die Atomenergie nur dann reizvoll, wenn damit klotzig Geld zu verdienen ist.

Als die Bonner Regierung vor einigen Jahren die Sicherheitsbedingungen für neue Kraftwerke höher schraubte, beschloss Siemens und die französische Firma Framatome dennoch, einen neuen Supermeiler zu entwickeln. Er solle größer und sicherer sein als alle zuvor (siehe Grafik Seite 117).

1997 ist die Entwicklungsphase beendet. Rund 400 Millionen Mark haben Franzosen und Deutsche dann in das Projekt gesteckt, das den Anschluß an die internationale Entwicklung sichern sollte. Den deutschen Anteil teilen sich der Reaktorbauer Siemens und die Energieversorgungsunternehmen je zur Hälfte.

Als „wesentliche Ziele“ der EPR-Entwicklung (European Pressurized Water Reactor) werden in einer Empfehlung des Fachausschusses der deutschen Energiewirtschaft genannt:



Bonner Umweltministerin Merkel
Neuer Atomreaktor bis 2005

- ▷ die gleichzeitige Genehmigungsfähigkeit des Reaktors in Frankreich und Deutschland;
- ▷ die Beherrschung des schlimmsten Unfalls, der Kernschmelze, ohne Auswirkungen auf die Umgebung des Kraftwerks;
- ▷ die Wirtschaftlichkeit gegenüber konkurrierenden fossilen Kraftwerken.

Aufs Tempo drückten in der Vergangenheit stets die Franzosen. Sie hofften auf Exporte in andere europäische Länder und auf einen großen gemeinsamen Markt in Frankreich und Deutschland.

Doch zur Zeit gibt es keine Kunden für Atommeiler. Der Strombedarf in Europa ist mit den vorhandenen konventionellen Kraftwerken und den bestehenden Atommeilern noch über Jahre hinweg zu decken. Der neue Generaldirektor der Electricité de France (EDF), Pierre Daures, hatte den deutschen Stromern kühl mitgeteilt, Frankreich brauche daher erst im Jahre 2016 einen neuen kommerziellen Reaktor.

Für das gemeinsame Projekt eines europäischen Druckwasserreaktors bedeute das: Vor dem Jahre 2005 werde das französische Staatsunternehmen keinen Genehmigungsantrag in Frankreich stellen. Vielleicht komme man sogar ganz ohne eine solche Demonstrationsanlage aus.

Der Stimmungsumschwung blieb den deutschen Strommanagern nicht verborgen. Im Protokoll einer Sitzung der Vorstandsvorsitzenden am 11. September heißt es: „Herr Harig und Herr Majewski berichten übereinstimmend, daß in Gesprächen mit dem Generaldirektor der EDF, Ailleret, eine Änderung der ur-

sprünglichen französischen Haltung zur zügigen Realisierung eines EPR zum Ausdruck kam.“ François Aillerets Nachfolger Daures will sich nun noch mehr Zeit lassen.

Auch die Stromkonzerne in Deutschland haben es nicht eilig. Nach den harten Auseinandersetzungen um die Atomenergie in den vergangenen Jahren ist keiner mehr bereit, die öffentliche Diskussion um Einstieg oder Ausstieg durch vorschnelle Äußerungen erneut anzufachen.

Doch Angela Merkel und der Siemens-Konzern drängen zur Entscheidung. Die Ministerin, von der Notwendigkeit neuer Atomreaktoren überzeugt, fürchtet das stille Ende der Nuklearzeit. Siemens hat Angst vor hohen und am Ende womöglich sinnlosen Entwicklungskosten.

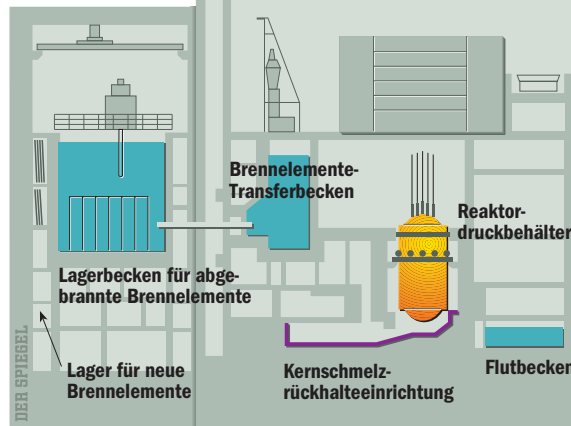
Doch kein Stromkonzern will derzeit den gewünschten Genehmigungsantrag für den Superreaktor stellen. Im „Entwurf einer Branchenposition“ des BDI-Fachausschusses kommt die gesammelte Skepsis der Stromproduzenten deutlich zum Ausdruck:

Aufgrund geringer Stromverbrauchs-Zuwachsraten in Deutschland bei nach wie vor reichhaltigem europäischen Stromangebot haben die deutschen kernkraftwerksbetreibenden Unternehmen absehbar keinen dringenden Bedarf für die Errichtung neuer Grundlastkraftwerke.

Vor allem der „aus regional- und sozialpolitischen Gründen bedingte Zubau von Grundlastkapazität auf Basis Braunkohle in den neuen Bundesländern“ mache zusätzliche Stromfabriken zur Zeit unnötig. Hinzu kämen die „Bezugsmöglichkeiten von Strom aus Wasserkraftwerken aus Skandinavien“ und eine „zu-

Neues Spiel Der Reaktortyp „European Pressurized Water Reactor (EPR)“, entwickelt von Siemens und dem französischen Konzern Framatome

Das Gebäude besteht aus 4 gegeneinander abgeschirmten Teilen mit unabhängigen Sicherheitssystemen



Ziele der EPR-Entwicklung

- Genehmigungsfähigkeit in Deutschland und Frankreich
- Beherrschung der Kernschmelze
- Wahrscheinlichkeit für Kernschäden: geringer als einmal in 100 000 Jahren
- Wahrscheinlichkeit großer Freisetzen von Radioaktivität: geringer als einmal in 10 Millionen Jahren
- Investitionskosten höchstens 3300 Mark pro Kilowatt Kapazität, das heißt: ein 1500-Megawatt-Kraftwerk darf nicht mehr als 4,95 Milliarden Mark kosten

nehmende industrielle Eigenproduktion“ in Deutschland.

Nicht einmal die Bayern, die unter der Obhut von Ministerpräsident Edmund Stoiber ihre Kernkraftwerke ungestört betreiben, möchten sich neuen Ärger mit der Anti-Atombewegung einhandeln. Ob er denn bereit sei, in Bayern, wie von Merkel gewünscht, ein Genehmigungsverfahren für den deutsch-französischen Versuchsreaktor einzuleiten, wurde Majewski von den anderen Strommanagern gefragt. Der Chef des Bayernwerkes wich aus.

Er weiß ganz genau: Auch Stoiber will unnötigen politischen Ärger vermeiden. Bayern hat in einem Standort-sicherungsplan mehrere mögliche Orte zum Bau eines Atomkraftwerkes ausgewiesen. Aber auch bei einem Genehmigungsantrag ohne Benennung eines konkreten Standortes würde sich der Protest organisieren – und zwar in allen betroffenen Gemeinden.

Doch eine Absage an Merkel müßte Bonn als Brückierung verstehen. Deshalb einigten sich die Manager der Stromkonzerne nach langen Diskussionen auf ein trickreiches Vorgehen.

Zunächst einmal wird die im Jahr 1997 eigentlich auslaufende Entwicklungsphase für den Superreaktor bis zum Jahr 2000 gestreckt – soviel Geld ist vorhanden.

Gleichzeitig wollen die Strombosse die Umweltministerin zu einer Änderung des Atomgesetzes ermuntern. In das Gesetz soll die Möglichkeit aufgenommen werden, den EPR als Typ zu genehmigen, „Bauart-Musterzulassung“ heißt das im Behördenjargon.

Dann könnten die Energieversorger in mehreren Ländern gleichzeitig Anträge stellen. Die Behörden und Gutachter dieser Länder müßten sich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. So bliebe das Atom-Know-how weitgehend gesichert, die Ministerin wäre beruhigt – und die Anti-Atombewegung gelähmt.

Hinter all dem Aktionismus zur Rettung des EPR-Reaktors steckt bei der Mehrheit der Strommanager allerdings die Hoffnung, das Projekt werde unaufällig ad acta gelegt. Nur will niemand Bonn und den Reaktorbauer Siemens jetzt schon verprellen.

Denn Siemens wird für die Instandhaltung und den Service der Altreaktoren gebraucht. Der Weltkonzern macht damit ohnehin nur reichlich eine Milliarde Umsatz. Wenn Siemens-Chef Heinrich von Pierer sich zu sehr über die mangelnde Nuklearbegeisterung seiner Kunden ärgert, könnte er auf die Idee kommen, die Servicesparte den Franzosen zu verkaufen.

Dann, das wissen die Strommanager diesseits des Rheins nur zu genau, sind sie diesen Partnern ausgeliefert – und das würde teuer. □